

Niederschrift

(öffentlich/nichtöffentlich)

über die Sitzung des **Regionalausschusses**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.10.2012
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	im OT Zieko, im Dorfgemeinschaftshaus "Alte Ziegelei", Dorfstraße 2a,

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Peter Nössler

Fraktion der CDU/FDP

Frau Karin Keck

Herr Burkhard Schröter

Vertretung für Herrn Klausnitzer

Fraktion der SPD

Frau Gisela Gebauer

Fraktion DIE LINKE

Herr Klaus Krause

Vertretung für Herrn Siegfried Nocke

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Ronald Siegert

Fraktion der FWG

Herr Kurt Schröter

Verwaltung

Frau Jeanette Engel

Frau Ina Neumann

Frau Margitta Brockhausen

FB-Leiterin Gemeinden/Kultur/Freizeit

FB-Leiterin Bauwesen und Umwelt

FB Bauwesen und Umwelt

Es fehlten:

Fraktion der CDU/FDP

Herr Hans-Peter Klausnitzer

entschuldigt

Herr Ingo Künne

entschuldigt

Herr Stefan Rothelius

Fraktion DIE LINKE

Herr Siegfried Nocke

Gäste: 1 Einwohner

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:**Öffentlicher Teil****1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit, Bestätigung der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte er auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.

Er drückte seine Freude darüber aus, erstmalig im neuen Gemeindehaus in Zieko tagen zu können und übergab dem Ortsbürgermeister B. Schröter das Wort.

Dieser begrüßte alle Anwesenden und auch den Bürger Ache, der als Zeitzeuge die Produktion in der Ziekoer Ziegelei noch miterlebte. Nun wird im neuen Gemeindehaus dieses alte Handwerk und seine Geschichte präsentiert. Ursprünglich war das Objekt eine alte Pfarrscheune, die Mitte der 70er Jahre in Gemeindeeigentum übergang und lange Zeit die Freiwillige Feuerwehr beherbergte. Mit der Fusion der Ziekoer Feuerwehr und der Coswiger Feuerwehr sowie mit dem Eingang des Fördermittelbescheides im Jahr 2010 konnte nun ein lang gehegter Wunsch der Ortschaft in Erfüllung gehen. Für die Bürger des Ortes wurde eine funktionale Einrichtung geschaffen, in der Tradition bewahrt und Identität gefestigt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei der Sportverein Zieko e.V., der sich auch um alle anderen Belange des gesellschaftlichen Lebens im Ort kümmert. Danach wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	7	0	7	0	0

2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung

Der Ausschussvorsitzende verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.

3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.2.2012

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	7	0	5	0	2

4. Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Coswig (Anhalt) hier: 2. Änderungssatzung der Satzung vom 06.07.2006 über die Erhebung von einmaligen Beiträgen für die öffentlichen Verkehrsanlagen im Gebiet der Stadt Coswig

Vorlage: COS-BV-223/2006/2

Frau Brockhausen erläuterte die Begründung der Notwendigkeit einer 2. Änderungssatzung. Dazu trugen folgende Faktoren bei:

Zum Einen wurde Thießen eingemeindet, dann gab es Veränderungen in den Ortslagen zu den bebauten Flächen, die neu betrachtet und berücksichtigt werden mussten und die Ortschaft Senst musste bei der Ermittlung des durchschnittlichen Wohngrundstückes unberücksichtigt bleiben, da diese Ortschaft über eine

wiederkehrende Satzung verfügt und die Einbeziehung in die Coswiger Satzung somit rechtswidrig ist.

Der Vorsitzende erinnerte an das Verfassungsgerichtsurteil. Gerade für den ländlichen Bereich ist die Ermittlung der durchschnittlichen Wohngrundstücksgrößen wichtig, da hier größere Grundstücke zu finden sind, als in der Stadt selber. Das Senst eine wiederkehrende Satzung hat, ist im Gebietsänderungsvertrag festgeschrieben und auch unproblematisch, da Senst keine „Baumaßnahmen-Altfälle“ ab 1996 hatte.

Ohne Diskussion wurde der Beschlussvorlage die Zustimmung erteilt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	7	0	7	0	0

5. Informationen zum geänderten ÖPNV

Der Vorsitzende verwies darauf, dass der ÖPNV eine besondere Rolle vor allem für den Schülertransport spielt. Nach wie vor müssen Ortschaften mit unzumutbaren Fahrtzeiten für die Kinder leben. Schon 2009 hat der Regionalausschuss deshalb Mitarbeiter des Landkreises eingeladen, um auf die verschiedenen Schuleinzugsbereiche und die damit verbundenen Probleme hinzuweisen. Der derzeitige Stand ist, dass aus dem Raum der ehemaligen Rosseltal-Gemeinden noch Schüler die Sekundarschule in Roßlau bzw. die Gymnasien in Dessau besuchen. Allerdings laufen diese Beschulungen in spätestens 3 Jahren aus. Das bedeutet dann aber sicher auch eine Neubetrachtung des Linienverkehrs zwischen den ehemaligen Rosseltal-Gemeinden und der Stadt Dessau-Roßlau durch den Landkreis Wittenberg. Er befürchtet, dass diese Linien ab 2015 gänzlich sterben, was natürlich für die Bevölkerung eine negative Entwicklung darstellt. Deswegen plädiert er dafür, dass sich der Stadtrat und die Stadt sowie auch die Kreistagsmitglieder für die Erhaltung der jetzigen ÖPNV-Linien stark machen.

Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Stadtrat Krause erinnerte daran, dass laut LVA Anrufbusse nicht zum ÖPNV zählen.

Dem, so der Vorsitzende, widerspricht allerdings, dass sie noch existieren.

Stadtrat K. Schröter monierte, dass der Landkreis Wittenberg die ÖPNV-Pläne zu spät an die betroffenen Verwaltungen heranträgt, sodass eine Behandlung im Ausschuss bzw. die Zuarbeit von Empfehlungen von der Basis aus überhaupt nicht machbar ist.

6. Ortschaftsrecht in der Stadt Coswig (Anhalt) - Erfahrungsaustausch im Vorfeld der Novellierung des Kommunalverfassungsrechts

Der Vorsitzende führte zum geplanten neuen Kommunalverfassungsgesetz aus. Nach seiner Kenntnis soll dieses schon zum 01.07.2014 in Kraft treten. Die Begründung dazu ist, Gesetze zu bündeln, wie z. B. die Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und das Verbandsgemeindengesetz, da in diesen oft die gleichen Dinge geregelt werden. Auch das Kommunalwahlgesetz hat sich geändert und könnte in die Zusammenfassung aufgenommen werden.

Es gab zur Thematik schon eine Auftaktveranstaltung am 22.6. in Aschersleben, auf der Prof. Killian von der Hallenser Martin-Luther-Universität referierte. Hintergrund ist u. a. Stärkung der Finanzkraft in den Ortschaften, die Stärkung der Ortschaften, die bessere Einbindung der Bürger und die Neuorientierung der Kommunalaufsichtsbehörde, die mehr beratend in den Vordergrund treten muss. Es

sind auch neue Namen für die Organe im Gespräch. So könnte der Stadtrat bald Vertretung heißen. Änderungen sind geplant bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, da nach den jetzigen Regelungen eine Ortschaft für ihre ganz eigenen Angelegenheiten niemals die jetzt geltende Prozenzhürde erreichen würde. Einwohnerfragestunden sind auch in den Ortschaftsratssitzungen und in den Fachausschüssen geplant. Die Bürgerbefragung soll ganz neu thematisiert werden. Es sollen die Filmrechte bei Gremiensitzungen geregelt werden und auch die Haftung im kommunalen Ehrenamt wird ein Thema sein. Zu dieser gesamten Problematik wurden u. a. die Ortschaftsräte über einen Fragenkatalog beteiligt. Der Vorsitzende ging diesen Katalog durch und hinterfragte die Erfahrungen in den anderen Ortschaften. Es stellte sich heraus, dass nur die Ortschaft Serno eine schriftliche Beantwortung des Kataloges erstellte. In diesem Zusammenhang wurde von den Ausschussmitgliedern noch einmal der Haushaltsplan der Stadt und seine Transparenz für die Ortschaften diskutiert. Frau Engel informierte, dass es dazu kurzfristig eine Beratung mit dem FB Finanzen geben wird. Die Ausschussmitglieder, die auch die Funktion des Ortsbürgermeisters bekleiden, erbaten von der Verwaltung mehr Informationen, wie z. B. zu Grundstücksangelegenheiten oder geplanten Bauvorhaben. Ein Erfahrungsaustausch wurde ebenfalls zur Handhabung der Sprechstunde der Ortsbürgermeister abgehalten und es stellte sich heraus, dass etliche Ortsbürgermeister die Sprechzeiten nur noch nach Vereinbarung abhalten.

7. **Anfragen, Anregungen und Mitteilungen**

Frau Engel informierte über die Bemühungen der Stadt im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.

Der Ausschuss einigte sich, die nächste Sitzung in Senst oder in Möllensdorf durchzuführen. Themen könnten sein, auf Vorschlag von Stadträtin Gebauer, die Schulentwicklung oder nach Bestätigung durch Leader das Schilderleitsystem.

Da es keine weiteren Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil

1. **Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.2.2012**

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	7	0	5	0	2

2. **Anfragen, Anregungen und Mitteilungen**

Da es keine Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den nicht-öffentlichen Teil dieser Sitzung, stellte die Öffentlichkeit wieder her und schloss diese Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 8.10.2012

Nössler
Ausschussvorsitzender

Engel
Protokollantin